



Betreff:
Wohnungspolitische Initiativen

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 20/SVV/0726 und 20/SVV/1279

Erstellungsdatum	26.11.2020
Eingang 502:	26.11.2020

Einreicher: Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
02.12.2020	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 26. August 2020 den Oberbürgermeister beauftragt, gegenüber Landesregierung und Landtag die zügige Schaffung entsprechender landesrechtlicher Regelungen

- zur Fixierung eines Genehmigungsvorbehaltes für die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen sowie
-
- für eine öffentlich-rechtliche Kontrolle zur Einhaltung mietrechtlicher Regelungen wie die Kappungs- und Mietpreisbremse (Wohnungsaufsichtsgesetz)

einzufordern.

In Ihrer Sitzung vom 04.11.2020 beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister weiterhin damit, Landesregierung und Landtag über Ihre Aufforderung zu informieren, die derzeit geltenden Maßnahmen zur Mietpreisbremse – namentlich die Mietpreisbegrenzungsverordnung sowie die Kappungsgrenzenverordnung – über den 31.12.2020 hinaus zu verlängern.

Die Verwaltung hat zur Umsetzung beider Beschlüsse mit einem entsprechenden Schreiben an die Landesregierung und an die für Potsdam zuständigen Mitglieder parallel zu dieser Mitteilungsvorlage reagiert.

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Geschäftsbereich 5